

## **Rede „Recht auf Stadt“ das Scheitern der Realpolitik 12.11.16**

### 1. Kritik an konkreten als Beispielen für Allgemeine

#### **Mietpreisbremse**

Was wurde die letzten Jahre auf dem parlamentarischen Weg nicht alles beschlossen, um Entschlossenheit zu simulieren!

Ein Beispiel ist die sogenannte Mietpreisbremse. Sie war von Anfang an nicht dafür da, die Mieterhöhungen zu stoppen, sondern nur dazu, die immer rasantere Geschwindigkeit der Erhöhungen etwas zu verringern. Die Mieten steigen weiter und weiter. Man will partout nicht grundlegend in den Markt eingreifen! Aber so tun, als ob sich gekümmert wird.

#### **Handlungsprogramm Wohnen**

So sieht es auch beim Handlungsprogramm Wohnen in Freiburg aus. Letztendlich diente es, mit etwas Schein-Beteiligung, der Legitimation von teurem Neubau und als Tortenheber für Sahnestückchen-Bauflächen zu Marktkonditionen. Ärmere Haushalte haben nichts davon.

Im neuen Baugebiet „Dietenbach“ sollen laut Baubürgermeister „70 bis 80 Prozent der Planungsideen und Lösungen, die im Rieselfeld und dem Vauban umgesetzt wurden“, übernommen werden.

Jenes Erfolgsmodell also, das dazu geführt hat, dass beispielsweise im Rieselfeld von den geplanten 50% sozialer Wohnungsbau heute nur noch 5% übrig sind. Bauen allein, ohne ein sozial nachhaltiges Modell, ist keine Lösung!

Oder es wird, wie das Beispiel Binzengrün 34 zeigt, unter der Kampfansage „Soziale Mischung“ die Verdrängung ärmerer Menschen organisiert.

Selbst die Badische Zeitung bringt es erstaunlich klar auf den Punkt: *Bündnis Wohnen* - „*Seit der Gründung vor drei Jahren tatenlos*“. Wirkungslos war das *Bündnis Wohnen* jedoch nicht: Die strategische Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren hatte Folgen: Breiter Protest gegen die Verschlechterung bleibt in den letzten Jahren aus.

#### **50 % Beschluss**

Auch der 50%-Prozent-Beschluss wird wenig ändern, vor allem dann, wenn er nur auf dem Papier existiert. Eigentlich sollte die vom Gemeinderat beschlossene 50%-Quote Investoren dazu zwingen, halbwegs bezahlbaren Wohnraum zu bauen, und nicht nur jene Akteure, die es eh machen sollen (wie die Freiburger Stadtbau) oder wollen (wie das Mietshäuser Syndikat und kleine Genossenschaften). In der Realität ist die 50%-Quote aber ein 100%-Reinfall: Bis jetzt hat der Gemeinderat noch in genau 100 % der Fälle Ausnahmen von der 50%-Regel für die Unwilligen beschlossen.

Ganz abgesehen von der Nichtanwendung der Quote, stellt sich angesichts der massiven Unterversorgung von zigtausenden Menschen mit bezahlbarem Wohnraum aber sowieso die Frage, ob die 50% überhaupt reichen würden. Den Berechnungen des neoliberalen Empirica-Instituts zufolge, das mit seinen bestellten Studien die Wohnungspolitik in Freiburg mitbestimmt, sind nur 1,7-4,6% der angebotenen Wohnungen für NiedriglöhnerInnen bezahlbar. Das bedeutet: Selbst eine tatsächlich umgesetzte Quote von 50% sozialem Mietwohnungsbau ist zu wenig.

Wie viele Menschen könnten einen Wohnberechtigungsschein beantragen und wie viele Sozialwohnungen stehen dieser Zahl gegenüber? Müssten nicht diese Zahlen die Grundlage der Wohnungspolitik sein und nicht die Frage: Ob sich Gewinn der aus der Wohnversorgung erzielen lässt? Wie wird die Dauerhaftigkeit der Sozialbindung garantiert?

Und für wen ist es ein Problem, wenn es einen Überschuss an bezahlbarem Wohnraum gibt, außer für die Rendite mit der Miete?

### 2. Scheitern der parlamentarischen Realpolitik

Während noch vor 10 Jahren die Wohnungsfrage beim geplanten Verkauf als „soziale Frage“ verleugnet wurde, ist dies nun anders. Denn jetzt trifft es auch zunehmend die Mittelschicht, also das eigene Wählerklientel. Darum ist auch die Wohnpolitik auf die Mittelschicht ausgerichtet, mit Lösungen zu Marktkonditionen und als Mittelstand-Befriedigungs-Programm.

(Zitat): „Die Wohnungen entstehen vor allem in Segmenten, wo wir keinen Mangel haben“, so jüngst der Lobbyverband der Immobilien- und Baubranche im Handelsblatt. „Es fehlen aber Wohnungen im bezahlbaren Segment.“ (Zitat Ende)

Stellvertretend für die Verantwortlichen der städtischen Wohnungspolitik spricht OB Salomon offen aus, dass auch in Zukunft gar nichts anderes beabsichtigt ist, denn: (Zitat) „Freiburg ist so teuer, weil es attraktiv ist, sorry, das ist eben Marktwirtschaft.“ (Zitat Ende)

Da ist selbst die einer sozialrevolutionären Praxis unverdächtige FDP in Freiburg irritiert: (Zitat) „Die Frage sei also erlaubt, wohin die Preise noch steigen sollen, wenn man schon auf Platz 1 steht?“ (Zitat Ende)

Ein zentraler Bestandteil der neoliberalen Ideologie hier in Freiburg zeigt sich auch an ihrem geliebten „Sickereffekt“. So empfiehlt Empirica für den neuen Stadtteil Dietenbach: (Zitat) „Generell sollte darauf geachtet werden, Neubaugebote im mittleren bis oberen Preissegment zu platzieren.“ Denn „im Ergebnis entspannt sich mittelfristig – als Nebeneffekt – die Nachfrage in den unteren Marktsegmenten.“ (Zitat Ende)

Der MARKT ist so zauberhaft und löst die Wohnungsfrage mal so nebenbei!

Auch die „Heranführung“ der Mieten an den Mietsspiegel bei der Freiburger Stadtbau folgt der Logik: Marktmieten sind die neuen Sozialmieten und ist damit ein Angriff auf arme Menschen.

Die vorhandenen Instrumente der kapitalistischen Wohnungspolitik sind keine Lösung, sondern das Problem.

### 3. Lösungsansätze

#### **- Gegeneinaderausspielen**

Der Umgang mit Flüchtlingen ist Teil des Kampfes gegen Arme und von sozialem Ausschluss betroffenen Menschen. Erwerbslose und Flüchtlinge haben viel gemeinsam. Alle stehen unter dem Druck, ihre Existenz sichern und legitimieren zu müssen. Sie werden dabei auch staatlicherseits angegriffen und gegeneinander ausgespielt. Die neuen „Anti-Asyl-Gesetze“ stehen unter dem Motto: „Wer nicht geht, wird ausgehungert“ (Abschiebung) und wer nützlich ist, darf bleiben. Die Hartz-Gesetze beruhen auf der Vorstellung: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ (Arbeitszwang), so der damalige Wirtschaftsminister der SPD.

Also anstatt sich gegeneinander *auszuspielen* und aushungern zu lassen, lieber gemeinsam kämpfen! Der Wohnungsmangel ist keineswegs ein Resultat der Zuwanderung von Flüchtlingen, sondern der gewollte Niedergang eines marktfernen Wohnungsbaus. Erst im Zuge der Zuwanderung von Flüchtlingen hat der Bund die Förderung für den sozialen Wohnungsbau erheblich aufgestockt. Wir müssen dafür sorgen, dass die unbefriedigten menschlichen Bedürfnisse, also der Gebrauchswert statt der Tauschwert, im Mittelpunkt steht. „Der Verteilungskampf findet [...] nicht zwischen Flüchtlingen und Obdachlosen statt. Sondern zwischen Reich und Arm.“

#### **- Selbstorganisation**

Nichtsdestotrotz, das Thema „sozialer Wohnungsbau“ kommt in Bewegung. Der alte „soziale Wohnungsbau“ allein hilft aber nicht, es fehlt die Dauerhaftigkeit, die demokratische Mitbestimmung und Selbstorganisation der MieterInnen. Ideen wie die des Mietshäuser-Syndikats (mit mehr MieterInnenmitbestimmung und vor allem dauerhaft niedrigeren Mieten) gehen in die richtige Richtung, haben aber auch ihre Grenzen. Denn der Kapitalismus lässt sich nicht durch Insellösungen aufkaufen! Und so muss sich zur Wohnungsfrage auch die Lohnfrage gesellen!

Eine andere Gesellschaft, die auf Solidarität aufbaut, braucht Druck von unten – von uns!

Eine Demonstration wie heute kann nur ein Anfang sein im Kampf gegen hohe Mieten, Verdrängung, Ausgrenzung und prekäre Einkommen! Wollen wir wirklich etwas verändern, gilt es, sich in festen Gruppen mit anderen betroffenen MieterInnen zusammenzuschließen und sich gegenseitig zu unterstützen: Oft hat es den Anschein, dass man mit seinen Problemen ganz alleine dasteht. Aber

zusammen kann man sich wehren! Sprecht mit euren Nachbarn, Bekannten, ArbeitskollegInnen,...  
möglicherweise haben diese ähnliche Probleme und wollen sich eigentlich auch wehren. Und falls ihr  
Unterstützung oder weitere Informationen und Tipps benötigt, meldet euch beim Recht auf Stadt  
Netzwerk.

Denn es braucht eine neue soziale Bewegung! Mehr Bewegung rund um das „Recht auf Stadt“!